

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 25 | 23.06.2023

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 60/2023](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Arbeitsverfassungsgesetz** und das **Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz** geändert werden (Aktualisierung bzw Schaffung des Rechts auf Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Gesellschaften, die aus grenzüberschreitenden Verschmelzungen, Umwandlungen oder Spaltungen hervorgehen)

[BGBl I 61/2023](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Arbeitsmarktservicegesetz** geändert wird (Verlängerung der Möglichkeit der abweichenden Beihilfenhöhe bis Ende September 2023; Außerkrafttreten der Sonderregelungen der Kurzarbeit im Zeitraum der Pandemie)

[BGBl I 62/2023](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Berufsausbildungsgesetz** und das **Gesundheits- und Krankenpflegegesetz** geändert werden (Einführung lehrberufsspezifischer Sonderregelungen; Aufnahme des Berufszugangs zu den Pflegeassistentenberufen für Absolventen des Lehrberufs Pflege[fach]assistenten)

[BGBl I 63/2023](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über das Wirksamwerden der Verordnung (EU) 2022/858 über eine Pilotregelung für auf Distributed-Ledger-Technologie basierende **Marktinfrastrukturen** und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr 600/2014 und (EU) Nr 909/2014 sowie der Richtlinie 2014/65/EU (**DLT-Verordnung-Vollzugsgesetz** – DLT-VVG) erlassen wird sowie das **Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz** und das **Wertpapieraufsichtsgesetz** 2018 geändert werden (Schaffung von Begleitmaßnahmen für das Wirksamwerden der Verordnung (EU) 2022/858)

[BGBl I 64/2023](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Erdgasabgabengesetz**, das **Elektrizitätsabgabengesetz** und das Bundesgesetz über **den Energiekrisenbeitrag-Strom** geändert werden (Verlängerung der Senkung der Elektrizitäts- und Erdgasabgabe auf das in der Europäischen Union zulässige Mindestbesteuerungsniveau)

[BGBl I 65/2023](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundespflegegeldgesetz** geändert wird (Einbeziehung von diplomierten Pflegefachkräften in den Einstufungsprozess)

[BGBl I 66/2023](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Abfallwirtschaftsgesetz** 2002 geändert wird (Schaffen von Transparenz durch Sichtbarmachen der Verwendung bzw des Verbleibs von Lebensmitteln)

[BGBl II 185/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die **Landeslehrer-Controllingverordnung** 2023 erlassen und die Landeslehrer-Controllingverordnung geändert wird

[BGBl II 186/2023](#)

Verordnung der Telekom-Control-Kommission (TKK) zur Festlegung des **Auswahlverfahrens** bei der Zuteilung von **Frequenznutzungsrechten** durch die Regulierungsbehörde – Auswahl-VO 2023

[BGBl II 187/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die **Studienbeitragsverordnung** geändert wird

[BGBl II 188/2023](#)

Verordnung der Bundesministerin für Landesverteidigung über die Munitionslagerung in militärischen Bereichen, die nicht militärische Munitionslager sind (**Truppenmunitionslagerungsverordnung** 2023 – TrMLVO 2023)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 155 v 16.06.2023, 1](#)

Beschluss (EU) 2023/1165 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14.Juni 2023 zur Änderung des Beschlusses (EU) 2022/563 in Bezug auf den **Betrag der Makrofinanzhilfe** für die Republik **Moldau**

[ABI L 157 v 20.06.2023, 1](#)

Verordnung (EU) 2023/1182 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14.Juni 2023 mit besonderen Vorschriften für **Humanarzneimittel**, die in **Nordirland** in Verkehr gebracht werden sollen und zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

12.06.2023, [E 116/2023](#)

B-VG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; 29-monatige Zeitspanne zwischen mündlicher Verkündung und schriftlicher Ausfertigung; Widerspruch zur Pflicht einer möglichst zeitnahen schriftlichen Ausfertigung

12.06.2023, [E 252/2023](#)

B-VG; Verletzung in Rechten wegen **Anwendung eines verfassungswidrigen Gesetzes** hinsichtlich eines auf zwei Jahren befristeten **Einreiseverbots**

12.06.2023, [E 1007/2023](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des Status des **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen irakischen Staatsangehörigen; Nichterteilung eines Aufenthaltstitels aus berücksichtigungswürdigen Gründen; Erlassung einer Rückkehrentscheidung; Feststellung der Zulässigkeit der Abschiebung; Abweisung einer Festsetzung einer zweiwöchigen Frist für freiwillige Ausreise

12.06.2023, [E 1263/2023](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; unterlassene Ermittlung im entscheidungsmaßgeblichen Punkt; keine Auseinandersetzung mit den vorgebrachten Verfolgungshandlungen und Rückkehrbefürchtungen des Bf

12.06.2023, [E 2394/2023](#)

B-VG; Verletzung in Rechten wegen **Anwendung eines verfassungswidrigen Gesetzes** hinsichtlich eines auf zwei Jahren befristeten **Einreiseverbots**

12.06.2023, [E 3467/2023](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; unterlassene Ermittlung im entscheidungsmaßgeblichen Punkt; mangelhafte Überprüfung ob der Bf Zugang zu einem ordnungsgemäßen Asylverfahren in Bulgarien hat, ohne dem Risiko einer Kettenabschiebung ausgesetzt zu sein

15.06.2023, [G 13/2023 ua](#)

BVwGG; Richter- und StaatsanwaltschaftsdienstG; § 2 Abs 4 BVwGG betraut den Personalsenat des BVwG mit der Erstattung von Dreivorschlägen für die Ernennung von Mitgliedern des BVwG; daher handelt es sich bei dem durch § 209 Z 3 Richter- und StaatsanwaltschaftsdienstG mit der Dienstbeurteilung betrauten Kollegialorgan um einen Ausschuss iSd Art 134 Abs 3 B-VG; diese **Dienstbeurteilung** ist als **dienstrechtliche Angelegenheit** anzusehen und steht damit in sachlichem Zusammenhang mit der verfassungsgesetzlich dem Ausschuss nach Art 134 Abs 3 leg cit zugewiesenen Aufgabe, Dreivorschläge für die Ernennung von Mitgliedern des VwG zu erstatten

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

22.02.2023, [Ra 2022/14/0294](#)

AsylG; VwGH hält unter Verweis auf bisherige Rsp fest, dass einer gemäß § 24 Abs 2 AsylG erfolgten **Verfahrenseinstellung** durch das BFA oder das BVwG keine **verfahrensbeendende Wirkung** beizumessen ist; diese haben nämlich das Verfahren von sich aus (von Amts wegen) fortzusetzen, wenn die Feststellung des maßgeblichen Sachverhalts (nunmehr) möglich ist; Fortsetzung des Verfahrens ist bis zum Ablauf von zwei Jahren ab Einstellung möglich; bis dahin ist das Verfahren somit auch nicht endgültig beendet; anders ist die Sache zu beurteilen, wenn seit der Einstellung mehr als zwei Jahre vergangen sind; dann stellt sich die zunächst vorläufige Beendigung des Verfahrens nunmehr als eine endgültige Beendigung dar, weil gemäß § 24 Abs 2 vorletzter Satz leg cit das Verfahren dann nicht mehr fortgesetzt werden darf; in einem solchen Fall ist durch den Fremden ein neuer Antrag auf internationalen Schutz zu stellen

19.05.2023, [Ra 2021/06/0121](#)

Stmk BauG; AVG; das Stmk BauG räumt dem **Nachbarn** die Befugnis zur Überwachung der **konsenskonformen Umsetzung** des Bauvorhabens mit dem Recht auf Antragstellung auf Erlassung baubehördlicher Aufträge ein (vgl § 41 Abs 6 Stmk BauG); weshalb dem Nachbarn zur Wahrung dieses Rechts auch ein **Recht auf Akteneinsicht** in den Bauakt des betreffenden Bauvorhabens zukommen muss; dies gilt auch für jene Nachbarn, die infolge Unterlassung der Erhebung von tauglichen Einwendungen in einem rechtskräftig abgeschlossenen baubehördlichen Bewilligungsverfahren ihre Parteistellung verloren haben, zumal das Stmk BauG ebenfalls keine Beschränkung des in § 41 Abs 6 leg cit normierten Rechts auf den Personenkreis jener Nachbarn, denen bis zum rechtskräftigen Abschluss des baubehördlichen Bewilligungsverfahrens Parteistellung zukam, enthält

23.05.2023, [Ra 2023/20/0110](#)

AsylG; asylrechtliche Bedeutung kann der Gefahr einer allen **Wehrdienstverweigerern** bzw Deserteuren im Herkunftsstaat gleichermaßen drohenden Bestrafung zukommen, wenn das Verhalten des Betroffenen auf politischen oder religiösen Überzeugungen beruht oder dem Betroffenen wegen dieses Verhaltens vom Staat eine oppositionelle Gesinnung unterstellt wird und den Sanktionen – wie etwa der Anwendung von Folter – jede Verhältnismäßigkeit fehlt; unter dem Gesichtspunkt des Zwangs zu völkerrechtswidrigen Militäraktionen kann auch eine „bloße“ Gefängnisstrafe asylrelevante Verfolgung sein; maßgeblich ist, dass die Gefahr einer Verfolgung aktuell sein und bei Erlassung der Entscheidung vorliegen muss; lediglich ein in ferner Zukunft liegendes Szenario, bei dem davon ausgegangen wird, dass eine in einem Staat im Zeitpunkt der Entscheidung gegebene Situation auch in ferner Zukunft unverändert weiterbestehen werde, ist für die Gewährung von Asyl nicht maßgeblich

25.05.2023, [Ra 2020/06/0122](#)

Stmk BauG; für die **Erhebung von tauglichen Einwendungen** reicht es aus, dass die Verletzung von Bestimmungen behauptet wird; Nachbar muss das Recht, in dem er sich verletzt erachtet, nicht ausdrücklich bezeichnen und auch nicht angeben, auf welche Gesetzesstelle sich seine Einwendung stützt; er muss seine Einwendung auch nicht begründen; es muss aus seinem Vorbringen nur erkennbar sein, welche Rechtsverletzung von ihm behauptet wird; die in vertretbarer Weise vorgenommene fallbezogene **Auslegung von Parteierklärungen** kann zwar nicht erfolgreich mit Revision bekämpft werden; einer vertretbaren Auslegung kommt keine über den konkreten Einzelfall hinausgehende Bedeutung zu; die Auslegung einer Erklärung im Einzelfall ist jedoch dann erfolgreich mit Revision bekämpfbar, wenn dem VwG eine krasse Fehlbeurteilung im Sinn einer unvertretbaren Rechtsansicht unterliefe

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 08.05.2023, [LVwG-590036](#)

VerwaltungsvollstreckungsG; gem § 5 Abs 1 VerwaltungsvollstreckungsG wird eine **unvertretbare Verpflichtung** dadurch vollstreckt, dass der Verpflichtete (entweder) „durch Geldstrafen oder durch Haft“ zur Erfüllung der Pflicht angehalten wird; aus diesem Wortlaut und aus einer systematischen Interpretation ergibt sich, dass als Zwangsstrafe immer nur eine **Zwangsstrafe** verhängt werden darf, die jeweils dem **Gebot des § 2 Abs 1 leg cit** entsprechen muss; die kumulative Verhängung von Geldstrafe und Haft ist daher unzulässig

LVwG Tir 08.05.2023, [LVwG-2022/18/0601-4](#)

EpidemieG; es besteht kein Anspruch der Bf als Unternehmerin für den **Verdienstentgang** durch den Wegfall der Gäste, weil das **Zu- und Abfahrtsverbot** nicht dafür kausal war; der Anspruch ist nach § 32 Abs 1 Z 5 EpidemieG zu bewerten; der **Entschädigungsanspruch** besteht allerdings auf das den Dienstnehmern zustehende Entgelt gem § 32 Abs 1 Z 7 iVm Abs 3 leg cit, die durch das Zu- und Abfahrtsverbot tatsächlich an der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit verhindert waren und gem § 32 Abs 3 leg cit auf die Bf **übergegangen** sind

LVwG Wien 25.04.2023, [VGW-031/075/13373/2022 ua](#)

VStG; ZustG; da der Bf von den elektronischen Verständigungen keine Kenntnis hatte, weil die E-Mail-Adresse abgeschaltet wurde und er diese nicht empfangen und nicht mehr auf sein Postfach zugreifen konnte, liegt ein **technisches Gebrechen** iSd § 35 Abs 7 Z 1 ZustG vor; **mangels rechtswirksamer Zustellung** konnten die Strafverfügungen nicht in rechtliche Existenz erwachsen; eine Verspätung des Einspruchs gegen Strafverfügungen scheidet aus, wenn im rechtlichen Sinn gar keine Strafverfügungen vorliegen, gegen welche Einspruch erhoben werden kann

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[22.06.2023, Rs C-268/22, VITOL](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Handelspolitik – Schutz gegen **Dumpingpraktiken** – Einfuhren von **Biodiesel** mit Ursprung in Argentinien und Indonesien – Gültigkeit der Durchführungsverordnung (EU) Nr 1194/2013 – Zulässigkeit – Fehlen einer von der Klägerin des Ausgangsverfahrens erhobenen **Nichtigkeitsklage** – Einführer – Feststellung von Dumping – Zu berücksichtigende Kriterien

[22.06.2023, Rs C-258/22, H Lebensversicherung](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freier Kapitalverkehr – Art 63 AEUV – **Gewerbsteuer** – Ermittlung der Bemessungsgrundlage dieser Steuer – **Ermittlungsmodalitäten** – Dividenden aus Beteiligungen an inländischen und an ausländischen Kapitalgesellschaften in Höhe von weniger als 10 % – Einbeziehung in die **Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer** – Zeitpunkt der Einbeziehung – **Unterschiedliche Behandlung** – Beschränkung – Fehlen

[22.06.2023, Rs C-24/22, PR Pet](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsamer Zolltarif – **Tarifierung der Waren** – Kombinierte Nomenklatur – Position 9403 – Für Katzen bestimmte und aus einer Konstruktion bestehende, als ‚**Katzenkratzbäume**‘ bezeichnete Waren – Aus **verschiedenen Stoffen** bestehende Waren – Durchführungsverordnungen (EU) Nr 1229/2013 und (EU) Nr 350/2014

[22.06.2023, Rs C-833/21, Endesa Generación](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Besteuerung** von **Energieerzeugnissen** und **elektrischem Strom** – Richtlinie 2003/96/EG – Art 14 Abs 1 Buchst a – **Steuerbefreiung** von bei der Stromerzeugung verwendeten Energieerzeugnissen – Ausnahme – **Besteuerung** von Energieerzeugnissen ‚aus **umweltpolitischen Gründen**‘ – Bedeutung

[22.06.2023, Rs C-823/21, Kommission/ Ungarn \(Déclaration d'intention préalable à une demande d'asile\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Politik** im Bereich **Grenzkontrollen, Asyl** und **Einwanderung** – Verfahren für die Zuerkennung des **internationalen Schutzes** – Richtlinie 2013/32/EU – Art 6 – Wirksamer Zugang – Antragstellung – **Nationale Regelung**, die im Vorfeld außerhalb des Hoheitsgebiets des Mitgliedstaats vorzunehmende verwaltungsrechtliche Schritte vorsieht – Zweck der öffentlichen Gesundheit

[22.06.2023, verb Rs C-711/21 und C-712/21, Belgischer Staat \(Éléments postérieurs à la décision de retour\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 267 AEUV – **Zulässigkeit** – Fortbestand eines **Rechtsschutzinteresses** im Ausgangsrechtsstreit – **Überprüfungspflicht** des vorlegenden Gerichts

[22.06.2023, Rs C-660/21, K.B. und F.S. \(Relevé d'office dans le domaine pénal\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Justizielle Zusammenarbeit** in Strafsachen – Richtlinie 2012/13/EU – Art 3 und 4 – Verpflichtung der zuständigen Behörden, Verdächtige und beschuldigte Personen umgehend über ihr **Recht auf Aussageverweigerung** zu belehren – Art 8 Abs 2 – Recht, einen Verstoß gegen diese Verpflichtung zu rügen – Nationale Regelung, die es dem **Strafrichter des Hauptverfahrens** verbietet, einen solchen Verstoß **von Amts wegen** zu prüfen – Art 47 und 48 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

[22.06.2023, Rs C-579/21, Pankki S](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verarbeitung personenbezogener Daten – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 4 und Art 15 – Reichweite des **Rechts auf Auskunft** hinsichtlich der in Art 15 genannten Informationen – Informationen, die in den durch ein **Datenaufzeichnungssystem** generierten Protokolldateien (Logdateien) enthalten sind – Art 4 – Begriff ‚personenbezogene Daten‘ – Begriff ‚Empfänger‘ – **Zeitliche Geltung**

[22.06.2023, Rs C-513/21 P, DI / EZB](#)

Rechtsmittel – Öffentlicher Dienst – Personal der **Europäischen Zentralbank (EZB)** – Beschäftigungsbedingungen – **Disziplinarverfahren** – Zuständige Stelle – Übertragung von Befugnissen – Rechtssicherheit – **Verjährung** der disziplinarischen Ahndung – Unschuldsvermutung – Strafverfahren – **Verfälschung** – Fehlen

[22.06.2023, Rs C-427/21, ALB FILS KLINIKEN](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – **Leiharbeit** – Richtlinie 2008/104/EG – Art 1 – Anwendungsbereich – Begriff ‚**vorübergehende Zurverfügungstellung**‘ – Verlagerung der Aufgaben eines Arbeitnehmers von dessen Arbeitgeber zu einem Drittunternehmen – **Dauerhafte Zurverfügungstellung** dieses Arbeitnehmers unter Beibehaltung seines ursprünglichen Arbeitsvertrags

[22.06.2023, verb Rs C-6/21 P und C-16/21 P, Deutschland/ Pharma Mar und Kommission](#)

Rechtsmittel – Öffentliche Gesundheit – **Humanarzneimittel** – Verordnung (EG) Nr 726/2004 – **Versagung der Genehmigung** für das Inverkehrbringen des Humanarzneimittels **Aplidin – Plitidepsin** – Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) – Unparteilichkeit der Sachverständigen einer wissenschaftlichen Beratergruppe (WBG) – Politik der Europäischen Arzneimittel-Agentur in Bezug auf die Behandlung **konkurrierender Interessen** von Mitgliedern der wissenschaftlichen Ausschüsse und Sachverständigen – Begriff ‚pharmazeutisches Unternehmen‘ – Umfang des Ausschlusses von ‚**Forschungsinstituten**‘ – Begriff ‚konkurrierende Erzeugnisse

[22.06.2023, Rs C-459/20, Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid \(Mère thaïlandaise d'un enfant mineur néerlandais\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Art 20 AEUV – Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten – Entscheidung eines Mitgliedstaats, mit der einem Drittstaatsangehörigen, der **Elternteil** eines **minderjährigen Kindes** ist, das die **Staatsangehörigkeit** dieses Mitgliedstaats besitzt, der **Aufenthalt verweigert** wird – Kind, das sich außerhalb des Gebiets der Europäischen Union befindet und sich nie in diesem Gebiet aufgehalten hat

SCHLUSSANTRÄGE

[22.06.2023, Rs C-321/22, Provident Polska \(GA Pikamäe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – Verbraucherkredite – Richtlinie 93/13/EWG – Art 6 und 7 – **Feststellungsklage** – Rechtliches Interesse – Folgen der Missbräuchlichkeit einer Vertragsklausel – **Rückerstattungsrecht** – Effektivitätsgrundsatz

[22.06.2023, Rs C-281/22, G. K. ua \(Parquet européen\) \(GA Ćapeta\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – **Europäische Staatsanwaltschaft** – Verordnung [EU] 2017/1939 – **Grenzüberschreitende Ermittlungen** – Einem unterstützenden delegierten Staatsanwalt zugewiesene Ermittlungsmaßnahmen – Vorherige richterliche Genehmigung – **Wirksame gerichtliche Kontrolle** – Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung – Grundrechte

[22.06.2023, Rs C-588/21 P, Public.Resource.Org und Right to Know/ Kommission ua \(GA Medina\)](#)

Rechtsmittel – Zugang zu Dokumenten der Organe – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – **Harmonisierte Normen** – Vier vom Europäischen Komitee für Normung angenommene harmonisierte Normen – **Verweigerung des Zugangs** – Ausnahme zum Schutz der **geschäftlichen Interessen** eines Dritten – **Urheberrechtlicher Schutz** – Rechtsstaatlichkeit

B. GERICHT

[21.06.2023, Rs T-514/22, Vitromed/ EUIPO - Vitromed Healthcare \(VITROMED Germany\)](#)

Unionsmarke – Widerspruchsverfahren – Anmeldung der Unionsbildmarke **VITROMED Germany** – Internationale Registrierung der älteren Bildmarke VITROMED – **Relatives Eintragungshindernis** – Verwechslungsgefahr – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EU) 2017/1001

[21.06.2023, Rs T-347/22, Rauch Furnace Technology/ EUIPO - Musto und Bureau \(Creuset\)](#)

Gemeinschaftsgeschmacksmuster – Nichtigkeitsverfahren – Gemeinschaftsgeschmacksmuster in **Form eines Schmelzriegels** – Älteres Geschmacksmuster – Nichtigkeitsgrund – **Fehlende Eigenart** – Kein anderer Gesamteindruck – Offenbarung des älteren Geschmacksmusters – Art 6, 7 und Art 25 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 6/2002 – In einer **anderen Sprache** als der Verfahrenssprache eingereichte Beweise – Art 29 Abs 1 und 5 und Art 81 Abs 2 der Verordnung (EG) Nr 2245/2002 – Tatsachen oder Beweismittel, die zum ersten Mal vor der **Beschwerdekammer** vorgebracht werden – Art 63 der Verordnung Nr 6/2002

[21.06.2023, Rs T-748/21, Hangzhou Dingsheng Industrial Group ua / Kommission](#)

Dumping – Ausweitung des endgültigen **Antidumpingzolls** auf die Einfuhren von bestimmten Folien aus Aluminium mit Ursprung in China auf aus Thailand versandte Einfuhren von bestimmten Folien aus Aluminium – **Umgehungsuntersuchung** – Umgehung – Art 13 der Verordnung (EU) 2016/1036 – Genügend Beweise – Offensichtlicher Beurteilungsfehler – **Begründungspflicht**

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

15.06.2023, Beschwerde Nr [44764/16](#), *Roccella/Italien*

Keine Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **Strafberufungsgericht**, das den BF aus zivilrechtlichen Gründen verurteilt hat, ohne zuvor die ausschlaggebenden Zeugen für seinen Freispruch in der ersten Instanz anzuhören; alle **Zeugen** der Anklage und der Verteidigung wurden während der ersten Instanz **angehört**; Fairness des Verfahrens insgesamt betrachtet nicht beeinträchtigt

15.06.2023, Beschwerde Nr [31185/18](#), *Fanouni/Frankreich*

Keine Verletzung von **Art 2 4. ZPEMRK** (Freizügigkeit); **Hausarrest** eines **radikalisierten Islamisten** iHv drei Monaten und zwei Tagen wegen in seinem Haus beschlagnahmter Waffen und Munition, angeordnet im Rahmen des Ausnahmezustands nach den Terroranschlägen, umgeben von ausreichenden Verfahrensgarantien; verhältnismäßige Maßnahme

20.06.2023, Beschwerde Nr [2186/12](#), *Yengibaryan u. Simonyan/Armenien*

Verletzung von **Art 2 EMRK** (Recht auf Leben); offensichtlich unzureichende Untersuchung der **Tötung des Ehemanns** und des Sohns der BF durch einen Polizeibeamten während einer Verfolgungsjagd; nicht „über jeden vernünftigen Zweifel hinaus“ nachgewiesen, dass die Anwendung von Gewalt nicht mehr als absolut notwendig war

20.06.2023, Beschwerde Nr [24492/21](#), *Oktay Alkan/Türkei*

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); Unmöglichkeit für einen **Richteramtskandidaten** nach Abschluss seiner Ausbildung, eine gerichtliche Überprüfung der Entscheidung, ihn nicht zum Richter zu ernennen, zu beantragen; „Recht“ von Richteramtskandidaten im innerstaatlichen Recht und in der innerstaatlichen Praxis gegen willkürliche Ernennung oder Ablehnung; erste Bedingung des **Eskelinen-Tests** erfüllt; zweite Bedingung des Eskelinen-Tests nicht erfüllt; Ausschluss des Bewerbers, der die gesetzlichen Eignungsvoraussetzungen erfüllte, von der letzten Phase des Ernennungsverfahrens ohne gerichtliche Überprüfung, nicht im Interesse eines Rechtsstaats; Zusammenhang zwischen der Integrität des richterlichen Ernennungsverfahrens und dem Erfordernis der richterlichen Unabhängigkeit; keine außergewöhnlichen und zwingenden Gründe, die das Fehlen einer gerichtlichen Überprüfung rechtfertigen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Paul Durstberger, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Wiss.-Mit. Anna Kneidinger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Dr. Simon Wischt.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.